

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und festlichen Tagen wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Verkauf oder bei direkter Postbestellung ohne Postgebühren monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Straßendruck 3,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Ausgaben der Postzeitungsliste für 1919 eingetragene. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und festlichen Tagen wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Verkauf oder bei direkter Postbestellung ohne Postgebühren monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Straßendruck 3,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Ausgaben der Postzeitungsliste für 1919 eingetragene. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sturmzeichen in Rheinland-Westfalen

42 Schutzhaftgefangene vor dem Verhungern.

Die Nationalversammlung lehnt ihre Freilassung ab. Eigene Drohmeldung der „Freiheit“.

Weimar, 29. Juli. Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in der Nationalversammlung erhielt heute vormittag folgendes Telegramm:

„Sämtliche politischen Gefangenen in Westfalen seit sechs Tagen im Hungerstreik. Falls nicht innerhalb 24 Stunden durch Befreiung Rettung vom Hungertode, ist die Arbeiterschaft zum Generalstreik entschlossen. Gleichzeitiges Ultimatum ging an General Watter, Münster.“

Bezirksleitungen der U. S. V. und S. P. D. Essen-Ruhr. Diese erschütternde Kundgebung veranlaßte die Fraktion, sofort einen Dringlichkeitsantrag auf Entlassung der geschützten Gefangenen zu stellen, der auch von einigen Rechtssozialisten unterstützt wurde.

In der Nachmittagsitzung konnte der Antrag nur unter dem Vorbehalt zur Verhandlung gebracht werden, daß zu seiner Begründung nur ein Redner fünf Minuten sprechen dürfe. Genosse Braß brachte die Schutzhaftgefangenen zur Sprache, die schon im ersten Reichstage verurteilt wurde. Jetzt sei sie ein besonderes Gewaltmittel der demokratischen Reichshoher und ihrer Militärs geworden. Er verlas aus einem Scheinbefehl des Generalkommandos 24 M. u. f. c. folgende Sätze:

„Es ist in erster Linie nötig, daß Terroristen und Vögel — besonders die regierungsfeindlichen Führer der Bewegung — bis auf weiteres unschädlich bleiben lassen. Dies kann überall dort, wo der Belagerungszustand herrscht, durch das Mittel der militärischen Schutzhaft erreicht werden. So der Belagerungszustand nicht besteht, muß er für diesen Zweck unter Umständen, wenn dies auch wegen der dadurch entstehenden Beunruhigung unerwünscht ist, herbeigeführt werden, wenn nicht die strafrechtliche Verfolgung in einzelnen Fällen das Verhängen des Belagerungszustandes erspart.“

Lautende seien daraufhin eingeliefert worden. Überall herrsche der Belagerungszustand, ohne Veranlassung und Ursache. Hunderte seien schon vier bis fünf Monate im Haft, die den Grund ihrer Haft nicht kennen. Alle Bemühungen um Aufklärung oder um ihre Freilassung seien erfolglos geblieben. Auch der Reichskontrollrat Sabering habe erklärt, gegenüber dem kommandierenden General in dieser Sache vollständig ohnmächtig zu sein. In ihrer Verzweiflung und ihrer Unkenntnis über ihr Schicksal und aus Wut über die Härtehaftigkeit und Gleichgültigkeit ihrer Vorgesetzten seien die Bewohner Wohnsitz nahe. Sie stehen jetzt einer solchen Last ihrem langjähigen Verberben vor. 42 der Schutzhaftgefangenen seien seit sechs Tagen im Hungerstreik und nur durch Annahme eines schleunigen Antrages auf Freilassung seien die Geiseln noch vom Hungertode zu retten. Er bitte um Annahme des folgenden Antrages:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, den Reichswehrminister zu ersuchen, dem kommandierenden General des VII. Armeekorps in Münster sofort anzuweisen, die seit sechs Tagen im Hungerstreik befindlichen Schutzhaftlinge unverzüglich aus der Haft zu entlassen.“

Herr Roske hatte darauf nur die Antwort: Er sei von allen Parteien aufgefordert worden, rücksichtslos vorzugehen. Dem habe er Rechnung getragen. Braß habe in mancher Hinsicht übertrieben, die Verhaftungen seien nicht so zahllos, es seien auch schon zahlreiche Entlassungen erfolgt. Das Generalkommando lehnte die Freilassung ab, falls möglich, erfolgten weitere Entlassungen. Aber Menschen mit verbrecherischen Neigungen könnten unmöglich freikommen, weil die Regierung das Wirtschaftsleben nicht völlig vernichten lassen könnte.

Genosse Braß antwortete, daß gerade durch die Aufrechterhaltung der Gewalt Herrschaft jetzt eine Erschütterung des Wirtschaftslebens drohe. Es seien nur 24 Stunden Frist abzusetzen: wenn die Entlassung der Hungernden nicht

erfolge, breche der Generalstreik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet aus. Die Schuld sei zu Ende. Seit vier bis fünf Monaten werde angeblickt nachgeprüft und die Betroffenen seien trotzdem noch immer im Ungewissen über die Gründe ihrer qualvollen Haft. Er rate der Regierung zu schnellster Abhilfe.

Herr Roske hatte auch gegenüber diesem Mahnruf nur die schnoddrige Bemerkung übrig: Er hätte keinen Augenblick geahnt, daß dieses Vorkommnis wieder ein willkommenes Anlaß zur Streikbege sei. In den kräftigsten Zwischenrufen erhielt er dafür die gebührende Antwort. Aber mit eiserner Stirn wiederholte der Gewaltmensch, der aller sozialpolitischen Gefühls, die Behauptung: Die Rede und die ganze Aktion sei nur veranlaßt, um einen neuen Streikstand einzuleiten. Diese Verhärterungen riefen den heftigsten Widerbruch unserer Fraktion hervor, so daß weder Herr Roske, noch der Präsident sich das Wort verschaffen konnte. „Sie sind der tollste Straßhändler“, „Fresshölle“, „Lügel“ und ähnliches schickte Herr Roske entgegen. Den Rechtssozialisten Bolornh, Diebig, Kappner und Siebig, die sich in dem Lärm als Gewerkschaftsführer durch besondere Schärfe gegen die hungernden Gefangenen auszeichneten, schickte Herr Roske die folgende Erregung die Komposition ihres kammervollen Treibens ins Gesicht. Es waren Szenen von erschütternder Wirkung. Die Abstimmung konnte infolgedessen nicht einmal ordnungsgemäß erfolgen. Sie mußte wiederholt werden. Es stellte sich heraus, daß für den Antrag auf Haftentlassung der Hungernden noch nicht einmal alle Rechtssozialisten gestimmt hätten.

Die Ablehnung des Antrages gab unserem Genossen wiederum Veranlassung, den Gegnern in schärfster Weise ihre Stellung zu starken Ausdrücken vorzuhalten. Noch lange zitterte die Erregung über diesen Vorfall im Hause nach.

Rückwärts wird uns gemeldet, daß der Eindruck auf die Rechtssozialisten so stark gewesen ist, daß sie Herrn Roske noch einmal persönlich zugesetzt haben. Wie verlaßt, soll er daraufhin an den kommandierenden General in Münster eine Tapetche gerichtet haben, daß die Entlassung der politischen Gefangenen nunmehr sofort erfolgen solle. Es wird sich jetzt erweisen müssen, ob die Rechtssozialisten wirklich noch Einfluss auf Herrn Roske haben, und ob sich die Militärs in Münster seinen Anweisungen überhaupt fügen werden.

Ein neues Bommern in Vorbereitung?

Unter der Überschrift: „Trotzender Landarbeiterstreik in Blon und Oldenburg“ berichtet die V. P. N.:

Wie aus Kiel gemeldet wird, droht im Kreis Blon und Oldenburg ein Landarbeiterstreik. Auf einigen Gütern wurden Vertreter der Arbeiterschaft entlassen. Sie fallen unter keinen Umständen wieder eingestellt werden. Der Kampf zwischen Arbeitern und Großgrundbesitzern ist rein politischer Natur. Durch die besprochenen Streiks ist die wirtschaftliche Lage des Reiches gefährdet, weil die genannten Kreise für die Ernährung der Reichsbevölkerung in Frage kommen und die Arbeiterschaft der anderen Güter sich solidarisch erklärt.

Hier beginnt also eine Wiederholung der Szene, die gegen die Landarbeiter in Bommern getrieben worden ist. Die Vertrauensleute der Arbeiter sind auch in diesem Falle sicher nur deshalb gemahregelt worden, weil sie es gewagt hatten, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Kollegen wahrzunehmen. Das offizielle Bismarckbureau findet aber schon die „rein politische Natur“ heraus. Es fehlt jetzt nur noch, daß irgendein General den Belagerungszustand über Blon und Oldenburg verhängt und damit die gesamte Arbeiterschaft zur Armeer herausfordert.

Soll in Nordwestdeutschland ein neues Bommern vorbereitet werden?

Die Ausführung des Friedensvertrages.

Verfaßtes, 29. Juli. Der Oberste Rat der Alliierten hat nach „Rein“ gestern beschlossene einen Zentralausschuss eingesetzt, der die verschiedenen Arbeiten der Kommissionen, die sich mit der Ausführung des Friedensvertrages beschäftigen, zu koordinieren, zu beschleunigen, zu vereinfachen.

Zur Steuer der Wahrheit.

Von Wilhelm Dittmann.

Die Enthüllungen Erbergers haben einen Sibyl des Schleiers gelüftet, der über die kriegsverlängernde alldeutsch-militärisch geführte Regierungspolitik der letzten Jahre ausgebreitet worden ist. Auch die Rechtssozialisten gefallen sich jetzt in der Rolle der aus allen Wölfen Gefallenen. Da ist es angebracht, einmal zu zeigen, wie sich die Rechtssozialisten während des Krieges zu der alldeutschen Militärdiktatur gestellt haben.

Wer, wie ich, die inneren Fraktionskämpfe auf Seiten der Opposition mit ausgefächelt hat, der wird jetzt lebhaft wieder erinnert an die Hartnäckigkeit und Berranntheit, mit der die Scheidemann und Genossen in der Fraktion den unheilvollen Einfluss der Alldeutschen und der Militäristen auf die Kriegspolitik der Reichsregierung zu laugnen versucht haben.

Oft hat in diesen Kämpfen Scheidemann mit Berde versichert:

„Der Reichskanzler denkt gar nicht daran, den Alldeutschen irgendwas entgegenzusetzen. Er stellt sie langden nicht einmal, sondern wirft sie einfach in den Papierkorb.“

Vergebens haben wir von der Opposition immer wieder darauf hingewiesen, daß 1866 und 1870 selbst Bismarck den Drängen der Generale hat nachgeben müssen, und Scheidemann doch nicht entsetzt die starke Position Bismarcks hatte. Wir haben darauf verwiesen, daß die Alldeutschen direkt mit unterm Halbe pflichten, wenn sie beim Kanzler die Geflossenheit des deutschen Volkes für ihre Eroberungswede auspielen. Immer wieder hieß es bei den Führern der Fraktionsmehrheit, besonders bei Scheidemann:

„Ich was, die Alldeutschen sind ein überhebend halbberückter einflussloser Bömmacher, die in einer einzigen Drohkölle Wagh haben.“

Daß Bismarck nötig der Gefangene der Alldeutschen und der Militärs sei, daß die alldeutsch-militärische Nebenregierung die Reichspolitik bestimme, den Krieg als Eroberungskrieg führen und von keinem Verständigungsergebnis wissen wolle, das alles wurde als beweislose Behauptung hingeworfen. All unsere Hinweise auf die sinnfälligen Tatsachen, die seit der Jahreswende 1914/15 dafür sprachen, fruchteten nichts.

Scheidemann und Genossen haben bis zur Fraktionspolitik zu hintertreiben gewußt, daß dem Volke von der Reichstagstribüne herab die Augen geöffnet wurden über das kriegsverlängernde Treiben der Alldeutschen und der Militärs. Das Mittel der Fraktionsdisziplin wurde dazu mißbraucht, der Opposition den Mund zu schließen. Gegen die Alldeutschen durfte nicht geredet werden, all ihre wilden Annexionspläne durften nicht gebrandmarkt werden, weil sie sich zur Wehr setzen und dabei ihre Eroberungspläne offen im Reichstage vorbringen könnten.

So nach mehr: Das Verlangen der Opposition in der Fraktion, den Reichskanzler zu einer Deklaration der alldeutsch-militärischen Eroberungswede durch die Ablehnung jeder Annexionspolitik zu zwingen, wurde von der Fraktionsmehrheit ständig laboriert und verhindert.

Wir nan der Opposition forderten am 29. November 1915 in der Fraktion, dem Reichskanzler folgende Interpellation zu stellen:

„Ist der Herr Reichskanzler zu sofortigen Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Verzichtes auf Annexionen jeder Art durch alle beteiligten Länder bereit?“

Jeder grundsätzliche Annexionsgegner hätte dieser Interpellation zustimmen müssen. Was aber taten die Scheidemann, David, Ebert usw.? Sie schrien durch, daß die Frage noch der Bereitschaft zum Verzicht auf Annexionen nicht gestellt und der Kanzler lediglich gefragt wurde:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskünfte darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er geneigt ist, in Friedensverhandlungen einzutreten?“

Durch diese farblose Bronzstellung waren die erobertwilligen Alldeutschen und die hohen Militärs glücklich wieder außer Schulklinie. So, als Reichmann dann „reale Garantien im Osten und Westen“ und Spahn für alle bürgerlichen Parteien „Erbietserwerbungen“ forderte, wodurch die Seelengemeinschaft der Regierung und der bürgerlichen Parteien mit den Alldeutschen klar erwiefen war, da suchte

was der die Dairung Wetomms zu rechtfertigen und die Spahn zu ignorieren.

So wurden auch die Mehrheitsführer zu Traubanten der Alldeutschen und sie bewilligten direkt hinterher der völlig alldeutsch-militaristisch beherrschten Regierung weitere 10 Milliarden Kriegskredite. Diese schmachtvolle Forderung führte zur Abgabe der ersten öffentlichen Erklärung gegen die Kriegskredite im Reichstage durch die Opposition.

Mit der Reichsregierung befanden sich auch die Scheidemann und Genossen im Schlepptau der Alldeutschen. Um ihr Verbleiben im Bethmann-Block zu rechtfertigen, mußten sie die Regierungspolitik und damit wohl oder übel zum guten Teil auch die alldeutsche Politik zu bedenken versuchen.

Ebenso wie die Schuld der deutschen Machthaber am Kriegsausbruch von den Mehrheitsführern geleugnet wurde, so wurde von ihnen auch fortgesetzt bestritten, daß auf deutscher Seite irgendeine Schuld an der Verlängerung des Krieges liege. Wie höhnisch hat nicht Scheidemann von der „Friedensente“ gesprochen und geschrieben, als bekannt wurde, wie abweisend deutscherseits die Bemühungen des holländischen Unterstaatssekretärs Dresselhuys, im Frühjahr 1915 eine Verständigung mit England herbeizuführen, zurückgewiesen worden waren, wie hat Scheidemann Herrn Dresselhuys persönlich lächerlich zu machen versucht, ebenso auch den deutschen Rittmeister v. Tepper-Laski, der dabei eine Vermittlerrolle gespielt hatte. Dabei wußte Scheidemann sehr gut, daß die deutsche Regierung von den alldeutschen Militärs damals gezwungen worden war, zu erklären, sie denke nicht daran, mit England jetzt einen Verständigungsfrieden zu suchen, sie wolle die Gegner erst niederkämpfen, ehe sie über den Frieden sprechen werde.

Erst als die Fraktionspaltung eingetreten war und die Arbeitsgemeinschaft, die Vorläuferin der Unabhängigen Fraktion, im Reichstage ungehindert durch den Fraktionszwang der Mehrheit bei jeder Gelegenheit Sturm lief, sowohl gegen die Alldeutschen und die Militaristen wie gegen die von diesen beherrschte Reichsregierung, erst da änderten die Scheidemann und Genossen ihre Taktik, um die stutzig werdende Gefolgschaft bei der Fahne zu halten. Jetzt ritten sie plötzlich wühlende Attagen gegen die Alldeutschen, die Regierung suchten sie dagegen zu decken. Dadurch täuschten sie weiter das Volk über die Machtlosigkeit der Regierung und deren völlige Abhängigkeit von den alldeutschen Eroberungspolitikern.

Selbst als die Alldeutschen durch ihren Lubendorff den Sturz Bethmann Hollwegs durchgesetzt hatten, wurde diese Politik der Täuschung fortgesetzt und Michaelis, von dem jeder wußte, daß er die Buppe Lubendorffs war, zunächst als Kanzler akzeptiert. Aus Unabhängigen allein fiel im Reichstage die Aufgabe zu, auszusprechen, was war. So wurde von mir am 9. Oktober 1917 in der Reichstagsrede, nach der Capelle seinen mißgünstigen Vorstoß gegen Kaase, Bogthorn und mich unternahm, mit aller Deutlichkeit gesagt:

„Rein, die Alldeutschen sind die wahren Machthaber; denn sie sind im Besitze aller Machtpositionen im Staatswesen und im Heere. Nach ihrem Diktat gehen deshalb auch die Militärbeschlüsse an der Front und in der Heimat gegen die Anhänger eines Verständigungsfriedens vor. Unter Bethmanns Follweg war wenigstens eine schwache Gegenströmung dagegen in der Regierung bemerkbar; unter Herrn Dr. Michaelis toben sich die alldeutsch-militaristischen Elemente hemmungslos aus. Das ist der Fortschritt, das ist die Neuorientierung, das ist die Demokratisierung, von der so viel Aufhebens gemacht wird, in der Praxis. Die Regierung ist die Gefangene der Militärs und der Alldeutschen...“

Kaase, Cobn und andere unserer Genossen haben wiederholt dasselbe betont. Die rechtssozialistischen Führer stellen sich deshalb reichlich naiv, wenn sie nicht nur wegen der von Herrn Erzberger vorgebrachten Einzelheiten über das jahrelange Friedensangebot, sondern auch über seine Feststellung, daß Deutschland während des Krieges unter einer alldeutschen Militärdiktatur gefanden hat, so tun, als sei ihnen das alles neu. Sie wußten das so gut wie wir Unabhängigen es wußten. Das muß zur Steuer der Wahrheit doch festgestellt werden.

Das Problem Belgien.

Die Flut der Enthüllungen über das verbrecherische Treiben der deutschen Staatsmänner, die sich endlich allen Hindernissen zum Trost Bahn gebrochen hat, läßt das Kernproblem der deutschen Kriegspolitik: das belgische Problem, immer klarer hervortreten. Immer zwingender wird der Schluß, daß an diesem Problem, in das sich die deutschen Politiker und Militärs unter dem Einfluß der materiell daran interessierten Kreise der Schwerindustrie festgebissen hatten, alle Versuche, zum Frieden zu gelangen, scheitern mußten. Die Kreise um Lubendorff und Helfferich, die für diesen Wahnsinn in erster Linie verantwortlich sind, finden auch heute noch ihre Duldung in der belgischen Frage als harmlos darzustellen. Demgegenüber sind die Ausführungen, die das „8-Uhr-Abendblatt“ von gutunterrichteter Seite zu dieser Frage bringt, von außerordentlichem Interesse. Das Blatt schreibt:

Bei der Auseinandersetzung über die Schuld oder Nichtschuld an der Kriegsverlängerung in Weimar spielt die wirtschaftliche Angliederung Belgiens an Deutschland eine große Rolle. Die Michaelis, Lubendorff usw. wollen den Glauben hervorufen, als habe es sich bei diesen wirtschaftlichen Angliederungsplänen um Harmlosigkeiten gehandelt, die an sich kaum ein Friedenshindernis gebildet hätten. Es ist notwendig, auch diese Legende zu zerstreuen und dem deutschen Volke zu zeigen, daß sich unter der Form von der wirtschaftlichen Angliederung Forderungen verbergen, die sich mit der Souveränität Belgiens nicht vereinbaren lassen. Die Entente kennt die Akten über diesen Gegenstand sehr genau. Sie sind ihr bei der Räumung Belgiens in die Hände gefallen. Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb dem deutschen Volke die Aufklärung darüber vorenthalten werden sollte, was unsere Anexionisten unter der wirtschaftlichen Angliederung Belgiens verstanden. Die entscheidenden Einzelheiten der wirtschaftlichen Forderungen Deutschlands an Belgien lauten:

Eingliederung Belgiens in das deutsche Zollgebiet. Abschaffung aller gegenwärtigen und künftigen deutschen Zollbeschränkungen und Verordnungen für Belgien.

Verweigerung aller gegenwärtigen und künftigen Reichssteuer- und Reichsmonopolrechte in Belgien, insofern die deutsche Regierung dies verlangt.

Übernahme aller Vertretungen Belgiens in Zoll- und Handelsvertragsangelegenheiten gegenüber dritten Staaten durch die deutsche Regierung.

Verteilung der Zoll- und Steuereinnahmen nach den Bevölkerungsziffern zwischen den beiden Staaten und Einräumung eines Rechtes auf Arbeit in Zoll- und Steuerangelegenheiten an Belgien nach Ablauf von fünf Jahren.

Vertragliche Abmachungen über Gleichstellung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Bezug auf Handel, Schifffahrt und sonstige Gewerbe, Vermögenserwerb, Gerichtsbarkeit und Einräumung eines bevorzugten Platzes für deutsche Schiffe am Scheidebal in Antwerpen.

Austritt Belgiens aus der lateinischen Münz-Union und Übernahme der deutschen Münz- und Notengeldgebung, Einführung der Markwährung in Belgien und Übertragung der Funktionen einer belgischen Zentralnotenbank an die deutsche Reichsbank.

Annullierung aller Entschädigungsansprüche Belgiens für Requisitionen, Beschädigung industrieller Anlagen, Kriegsschäden und Kontributionen, über die während des Krieges gewährten Entgelte hinaus.

Anerkennung der Eingriffe in die Privatrechte, die durch die Okkupationsverwaltung vorgenommen wurden. Wiederherstellung der Privatrechte Deutscher in Belgien, die im Kriege verlehrt worden sind.

Bildung einer unter deutschem Kapitalübergewicht stehenden Aktiengesellschaft zur Übernahme der belgischen Eisenbahnen und Gewährung des Enteignungsrechtes und der Tariffreiheit an diese Gesellschaft.

Einführung der deutschen Arbeiterschutz- und Versicherungs-gesetze in Belgien.

Die hier mitgeteilten Forderungen sind im Juni 1918 zusammengestellt worden. Die Verantwortung dafür dürfte Herr Helfferich tragen, der damals Reichskommissar für die Vorbereitung der Friedensverträge war. Graf Hertling, der damalige Reichskanzler, hatte in der Zeit, in der die hier wiedergegebene Formulierung vorgenommen wurde, sich bereits öffentlich für die vollkommene Wiederherstellung Belgiens verpflichtet.

Die in dem hier wiedergegebenen Aktienlist enthaltenen Einzelheiten machen es verständlich, weshalb die Regierung eine klare, unmissverständliche Erklärung über Belgien stets abgelehnt hat. Sie war die Geschäftsführerin der Schwerindustriellen und Großbanken, die, nach dem berühmten Worte Spahns, „Belgien fest in der Hand halten“ sollten. Im Dienste dieser Kreise bereiteten die Regierungsmänner und Militärs die notwendige Marung der belgischen Frage. Sie hielten bis zum letzten Augenblick an der wirtschaftlichen Verflavung dieses von Deutschland überfallenen und 4 1/2 Jahre lang vergewaltigten Landes fest. Sie spielten bis zuletzt ein betrügerisches Spiel, um sich die belgische Beute nicht entgehen zu lassen. Sie und die sie schützenden Parteien sind daran schuld, daß die Ententeeregierungen in Versailles Deutschland gegenüber die Konsequenzen aus seiner Raubpolitik in Belgien gezogen haben.

Schutzhafthande und Verfassung.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

In seinen weiteren Ausführungen in der Vortragsführung der Nationalversammlung wies Genosse Henke nach, daß die Wehrheitsparteien Herrn Hertling zum Reichskanzler gemacht hätten, obwohl sie die Stellung Hertlings in der belgischen Frage gebilligt und erklärt haben, daß der status quo ante für Belgien nicht mehr möglich sei, und daß die neben Hertling ebenso schuldig seien, wie Michaelis. Herrmann Müller gegenüber stellte er fest, daß dessen Freunde noch 1917 im Reichstag die Einsetzung einer Kommission für Überwachung der Kriegsführung abgelehnt hätten. Er stellte die Forderung, daß nicht nur die Rede Erzbergers, sondern alle Reden unserer Genossen veröffentlicht würden, weil nach der Rede Müllers feststehe, daß Herr Erzbergers Ausführungen einseitig waren. Durch Herrmann Müller seien Erzbergers Reden gerührt worden, als ob es sich im Spätsommer 1917 um ein selbständiges englisches Friedensangebot gehandelt habe. Das Volk müsse nicht durch einseitige Informationen unterrichtet werden zu dem Zweck, daß ein Teil der Schuldigen sich rein wasche.

Henke ging dann dazu über, der Schande des Systems von ehemals die Schande des Systems von heute entgegenzuhalten, dem alten Militarismus den neuen Militarismus, die Unterdrückung der oppositionellen Presse, die Schutzhafthande, das Treiben der Rotlegarde, die Tatsache, daß die Zivilgewalt den Militärs gegenüber ohnmächtig sei. Er ging in diesem Zusammenhang auch auf den Hungerstreik der Schutzhafthandgefangenen in Berl ein. Die Damen der Bourgeoisie auf den Tribünen, Brillanten an den Fingern und in den Ohren, in denen der Kriegsgewinn ihrer Männer investiert ist, lächeln dazu und erlauben sichöhnliche Bemerkungen! Herr Henke schloß mit einer Charakterisierung des Regimes Ebert in Deutschland, das offenbar den Ehrgeiz habe, den Benardamen Europas zu spielen.

Die Regierung glänzte während der ganzen Rede Henkes durch Abwesenheit. Deutlicher konnte nicht gezeigt werden, daß ihr nur an einer einseitigen und unvollständigen Aufklärung etwas liegt.

Erst nachdem der Abg. Richter Herrn Erzberger angegriffen hatte, erschien dieser auf dem Plan, um sich gegen den Vorwurf, als ob er noch während der Friedensaktion im Sommer 1917 die Regierungspolitik verteidigt hätte, zur Wehr zu setzen. Dabei entschloß sich Henke, daß die Regierung sich nur unzulässig zur Veröffentlichung der Dokumente entschlossen hätte. Nur den Alldeutschen ist es also zu danken, daß jetzt wenigstens ein Zipfel von dem Schleiher der deutschen Kriegspolitik aufgedeckt wurde, der darüber ausgebreitet worden war! Die Debatte endete schließlich mit der Annahme eines Vertrauensvotums für die Regierung.

In der Nachmittagsitzung führte die nachmalige Erörterung des Falles der Schutzhafthandgefangenen von Rheinland-Westfalen zu einem ersten Zusammenstoß der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie mit Herrn Henke. Wir verließen darüber auf der ersten Seite dieses Blattes.

Dann nahm der Reichskommissar Dr. Preuß das Wort, um die dritte Lesung der Verfassung mit längerem Aus-läuterungen einzuleiten. Bemerkenswert daraus ist das Lob, das

er den Rechtssozialisten spendete. Er rühmte ihnen nach, daß sie die Rühigung und Selbstbeherrschung gezeigt hätten. In der Tat, die Rühigung der Rechtssozialisten ist so weit gegangen, daß von Sozialismus in der Verfassung auch nicht mehr eine Spur zu finden, daß die Verfassung zu einem Volkwerk des kapitalistischen Bürgertums gegen die soziale Revolution geworden ist. Man wird bei dieser Gelegenheit wieder einmal an das Bekennnis Hebbels erinnert, daß er sich stets auf dem falschen Wege befunden habe, wenn das Bürgertum ihn lobte. Je eifriger jetzt die Rechtssozialisten von der Bourgeoisie gelobt werden, desto lauter sind die Verwünschungen, mit denen die Arbeiterschaft ihre Tätigkeit begleitet.

Aus Erzbergers Vergangenheit.

Die alldeutsch-militaristischen Kreise, die durch Erzbergers Enthüllungen als die Hauptschuldigen an der Verlängerung des Krieges gebrandmarkt worden sind, fühlen nun ihr Mitleiden an dem unbehaglichen Minister, indem sie allerhand kompromittierende Einzelheiten aus jenen Tagen veröffentlichen, wo Erzberger sich als einer der eifrigsten Antrieber der Militaristen und Anexionisten betätigte. Folgendes Schreiben, das in der konservativen Presse veröffentlicht wird, illustriert sehr hübsch diese Tätigkeit.

Berlin, den 17. September 1914.

Matthäikirchstraße 9.

Seiner Excellenz

dem Herrn Kriegsminister v. Falkenhahn
Großes Hauptquartier.

Euerer Excellenz

gestatten, daß ich in der Anlage eine Denkschrift über die Fiedlerschen Flammenwerfer unterbreite. Die Materie selbst ist ja Euerer Excellenz bekannt, und ich halte der weiteren Vorklage, die neue Erfindung auch durch die Luftschiffe zu verwenden, für einen sehr glücklichen. Jede Bedenken wegen etwaiger Verletzung von Patentrecht und Ähnlichem auf Humanität, für die man in Friedenszeiten in Berliner Salons Verständnis haben mag, müssen meines Erachtens in der jetzigen Zeit der Kriegsführung, besonders angesichts des Verfalls unserer Gegner, völlig in den Hintergrund treten. Wir müssen den Sieg auch über England erreichen, und ich halte gerade die Anwendung dieses Mittels als einen ganz erheblichen Schritt zur Erreichung dieses Zieles.

In hochachtungsvoller Begrüßung

Euerer Excellenz ergebener

(orig.) R. Erzberger,

Mitglied des Reichstags.

Der obenstehende Brief ist ungefähr um dieselbe Zeit geschrieben worden, wo Erzberger sein bekanntes Annerxionsprogramm aufstellte, das vor einigen Monaten ans Tageslicht gezogen wurde. Auch späterhin betätigte sich Erzberger als eifriger Helfershelfer des deutschen Militarismus im In- und Auslande, bis ihn die veränderte Situation zu einer anderen Stellungnahme veranlaßte. Gerade dieser Umschwung und die sich daraus ergebenden Handlungen Erzbergers sind es, die den unbändigen Born jener Kreise wachrufen, welche früher die Helfershelfer Erzbergers gern in Anspruch nahmen.

Eine Erklärung des Anklus Pacelli.

Berlin, 23. Juli.

Von dem apostolischen Erzbischof Pacelli geht W. L. S. aus Moskau folgende Mitteilung zu:

In den Erklärungen des ehemaligen Reichskanzlers Michaelis in der „Täglichen Rundschau“ sieht man, daß schon beim Empfang des Schreibens des Runtins sich herausgestellt hatte, daß Erzberger von dem Brief wußte. Der Runtins muß erklären, daß Erzberger von ihm über den Inhalt des Briefes keineswegs unterrichtet war.

Kritische Lage der ungarischen Räterepublik.

Wien, 29. Juli (W. L. S.)

Infolge der Niederlage der Roten Armee ist die Stellung der ungarischen Räteregierung sehr erschüttert. Heute erschien ein ungarischer Volkskommissar bei den Wiener Ententevertretungen und machte den Vorschlag, man möge Verhandlungen einleiten, die den friedlichen Rückzug der Räteregierung und die Einsetzung eines neuen Regimes in Ungarn zum Zweck hätten. Dieser Vorschlag wurde von Oberst Cunningham nach Paris weitergeleitet.

T. U. Amsterdam, 29. Juli.

Aus London wird unterm 28. Juli gemeldet: Neuer vermindert, daß alle Maßnahmen für einen französisch-serbischen Angriff in die rechte Flanke der Armee Bela Khuns getroffen seien, falls dieser den Bedingungen der Alliierten nicht nachkommen sollte.

H. N. Bukarest, 29. Juli.

Das rumänische Pressebureau meldet: Ein Spezialkurier der rumänischen Regierung ist in wichtiger Mission nach Paris abgegangen. Wie verlautet, steht diese Reise mit der bevorstehenden Aktion gegen Budapest in Zusammenhang.

Budapest, 29. Juli.

Nach einer Meldung des Ung. Tel.-Büros, hat der tschechoslowakische Ministerpräsident Tuzar an Bela Khun eine Note gerichtet, in der gegen die Bombardierung von Glatz durch ungarische Flieger, gegen die Nichtinhaltung der Waffenstillstandsbedingungen sowie gegen die bolschewistische Propaganda auf tschechoslowakischem Gebiet protestiert wird. Die tschechoslowakische Regierung rechne darauf, daß die ungarische Regierung geneigt sei, in vollständig präziser Form zu erklären, daß sie sich aus dem Gebiet der tschechoslowakischen Republik jedes feindlichen Aktes enthalten werde, und zwar auch auf dem durch die Friedenskonferenz der tschechoslowakischen Republik zugesprochenen ostungarischen rufinischen Gebiet; zweitens die durch ihre Truppen auf dem angegriffenen Gebiet verursachten Verheerungen vollständig wieder gut zu machen; drittens sich jeder politischen Propaganda unter den Bürgern der tschechoslowakischen Republik fernzuhalten.

In der Antwort Bela Khuns heißt es, die Regierung behauere ungemein, daß ungarische Flieger am 24. Juli auf Glatz Bomben fallen ließen. Zur Entschuldigend der Flieger diene, daß dieser Teil des befreundeten tschechoslowakischen Staates von den Rumänen als Aufmarschgebiet benutzt wurde. Im übrigen wird auf die drei Punkte bejehend geantwortet. Dann wendet sich Bela Khun „als Sozialist zum Sozialisten“ und bittet, daß denjenigen Parteigenossen, die seitens der tschechoslowakischen Truppen bei ihrem Rückzug vom Gebiet der ungarischen Räterepublik verhaftet wurden,

unter menschlichen Behandlung freilässig werden, und daß sie mög- lichst bald freigelassen werden, damit sie auf dem Gebiet der ungarischen Republik an der schaffenden Arbeit des Sozialismus teilnehmen können.

Internationaler Gewerkschaftskongress.

Amsterdam, 20. Juli.
Beim gestrigen Empfang der Mitglieder des Internationalen Gewerkschaftskongresses sagte der sozialdemokratische Schöffe Wibaut in seiner Begrüßungsansprache u. a.: Auf jedem Gebiete, auch auf dem der organisierten Arbeit, hat der Krieg die internationalen Bande getrennt oder gelockert. Daß es möglich ist, diese Bande so kurz nach dem Kriege, wenn auch nicht ganz ohne Schwierigkeiten, wieder anzuknüpfen, beweist, daß es jetzt in der Welt ohne internationale Organisation nicht mehr geht. Der Kongress stellt sich zur Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Stellung, die die Arbeit nach dem Weltkrieg in der Organisation der Produktion einnehmen wird, anders sein wird als die vor dem Kriege.

Legien (Deutschland) dankte im Namen der ausländischen Delegationen für die Begrüßungsworte Wibauts und den Empfang, den die ausländischen Delegationen in Holland gefunden haben. Er dankte Holland dafür, daß es während des Krieges das Bindeglied zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder gebildet habe. Der Zweck des Kongresses sei, das internationale Arbeiterrecht auf besserer Grundlage auszuarbeiten, als es durch den Friedensvertrag geschehen sei. Der Kongress müsse sich die Festigung der internationalen Organisation zur Aufgabe stellen.

Samuel Gompers (Amerika) dankte im Namen der englischen und der amerikanischen Delegation.

Amsterdam, 20. Juli.

Der internationale Gewerkschaftskongress beschloß, dem Berliner Bureau für seine Finanzabrechnung Entlastung zu erteilen. Zur deutsch-belgischen Frage erklärte Sassenbach im Namen der deutschen Delegation, daß sie mit dem Geist seiner Erklärung vom Sonnabend einverstanden sei und die Hoffnung ausdrücke, dadurch zum Zustandekommen der neuen Internationalen auf breiterer Grundlage beizutragen. Der Bericht der Kommission, in dem Ratiz genommen wird von dem Bedauern der deutschen Delegation, wurde hierauf angenommen.

Zur Verhaftung des Bankbeamten Marx.

Die ein gestriges Abendblatt teilt, ist einem Mitgliede des Allgemeinen Bankbeamtenverbandes, das sich bei der Staatsanwaltschaft über die Gründe der Verhaftung von Marx erkundigte, die Auskunft zuteil geworden, Marx werde solange in Haft verbleiben, solange er nicht selbst die Behauptung, er habe Emanns Hund begünstigt, widerrufen habe. Sollte die Staatsanwaltschaft diese Erklärung tatsächlich abgegeben haben, so müßte dagegen der schärfste Protest erhoben werden, denn sie bedeutet eine völlige Verleugnung der Aufgaben dieser Behörde. Die Staatsanwaltschaft hat nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung von selber nicht nur nach allen Belastungs-, sondern genau ebenso nach allen Entlastungsmomenten zu forschen. Ihr liegt daher die Aufgabe ob, die sie nach der obigen Erklärung Marx aufzuheben will, nämlich die Verdachtsmomente zu zerbrechen.

Welcher heißt es in dem Bericht der betreffenden Zeitung — und dieser Punkt wird von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ bestätigt — daß Marx dadurch belästigt würde, daß die Aussagen eines Journalisten mit den Aussagen Marx in Widerspruch ständen, da der Journalist auf Grund des Berufsgemeinschafts über gewisse Mitteilungen, die er von Marx erhalten habe, jede Aussage verweigere, werde die Staatsanwaltschaft den Verhafteten nicht früher freilassen, als bis er selbst über sein Gespräch mit dem Journalisten Auskunft gegeben habe. Auch diese Darstellung widerspricht den Bestimmungen der deutschen Strafprozeßordnung.

Alle diese Erklärungen lassen nur zu deutlich die vergeblichen Versuche der Staatsanwaltschaft erkennen, der völlig ungerechtfertigten Verhaftung von Marx ein rechtsmännliches umzuhängen.

Die Verhaftung hat übrigens bei der Bankbeamtenenschaft wie auch bei den übrigen organisierten Angestellten große Entrüstung ausgehört. Sowohl aus Berlin, wie aus dem Reich sind bei der Geschäftsstelle der Arbeitgemeinschaft freier Angestelltenverbände Proteste gegen die Beistandnahme von Marx eingelaufen. Die Arbeitgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat darauf das folgende Telegramm an den Preussischen Justizminister gerichtet: „Die erneute Verhaftung des Bankbeamtenführers Marx hat lebhafteste und wachsende Verurteilung in der Angestelltenenschaft hervorgerufen. Wir bitten dringend die sofortige Entlassung zu bewirken.“

Deutsche Nationalversammlung.

Dienstag, 20. Juli 1919.

Auf eine Anfrage des Abg. König (Rechtssog.), wegen der Erhöhung der Höchstpreise für Milch und Butter in Westfalen erklärt der Vertreter des Reichsernährungsministeriums von Gerner: Die Preise, die die Landwirte bisher für einen Liter Vollmilch erhalten, deckten schon lange nicht mehr annähernd die Selbstkosten, so daß die Milchwirtschaft nur noch mit erheblichen Verlusten aufrecht erhalten werden konnte. Die Genehmigung zu einer Erhöhung des Milchpreises innerhalb gewisser Höchstgrenzen mußte deshalb zugelassen werden, um namentlich die Lebenserhaltung der Großstädte für Kinder nicht in Frage zu stellen. Auch in der letzten günstigen Jahreszeit sind die Erzeugungskosten für Milch so hoch, daß sie auch durch die erhöhten Preise kaum gedeckt werden. Offenbar läßt sich die weitere Preiserhöhung im Herbst vermeiden.

Darauf wird die politische Ansprache fortgesetzt.

Abg. Henke (l. Soz.):

Für die breiten Volksmassen sind die Enthaltungen dieser Tage von größter Bedeutung. Erzberger bleibt auf halbem Wege stehen; er hat nur einen Pfiffel geläutet, der Mantel muß aber ganz herunter, so hat er ein relatives Verdienst, indem er sein „Pater Pecore“ folgte. Das war notwendig, denn er war ein großer Sünder. (Heiterkeit.) Er hat sich zu spät vom Kriege zurückgezogen und vorher die grausamsten Kriegsmittel empfohlen. Daran zu erinnern ist Pflicht, und man muß mit ihm sehr, sehr vorsichtig verfahren. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Dennoch können die Rechtslogiker von ihm lernen, wie gut umlernen ist. Sie denken aber nicht daran, daß in Österreich die Lunte an das Pulverfaß gelegt wurde und daß deshalb dem internationalen Proletariat der Kampf gegen die Erzberger ebenso geboten ist, wie gegen die Gräfe. Sie vergaßen auch, daß der Krieg nur das Anhängen der Politik ist, und daß die imperialistisch orientierte

Politik überall Eroberungsfreude einschleudert. Mittel Spiegelschere ist es, wenn Erzberger sagt, er habe die Verhandlungen des Runtius-Bacelli als erster bebrochen. Das ist Haase. Nur wir Unabhängigen waren stets für die vollkommene Freiheit Belgiens, deshalb hat alle anderen Parteien Mitschuld an den Taten der Hindenburg und Ludendorff; um das Volk aufzuklären, sollten alle Medien, die hier gehalten sind, auf Kosten des Reiches veröffentlicht werden.

Was uns Herr Reichsminister Müller über das Baltikum gesagt hat, klingt viel vorsichtiger als das, was wir von Herrn Roske darüber gehört haben. Trotzdem möchten wir noch manches von ihm wissen, und da er selbst nicht da ist, so frage ich seinen Stuhl. (Große Heiterkeit.) Wer hat die Aufwendungen gezahlt, die von der deutschen Regierung für die baltische Landeswehr, also eine landfremde Truppe, gemacht worden sind? Wenn die Regierung uns vorberet, ihr ganzes Sinnen und Trachten sei auf die Durchführung der Sozialisierung gerichtet, so ist das eine bewusste Frettelerei der Arbeiterschaft, und wenn sie weiter behauptet, wir seien daran schuld, daß auf dem Gebiete noch nicht mehr habe geschehen können, so erwidere ich, daß wir uns allerdings dem widersetzen, durch Scheinreformen die Arbeiterschaft zu beschwindeln. (Sehr richtig! bei den l. S.)

Der Belagerungszustand und die Schutzhaftstände
Schreit zum Himmel. In Offen sind die Schutzhaftlinge seit sechs Tagen in den Hungerstreik eingetreten; sie sind schon nahe am Verhungern, und deshalb hat die General-Arbeiterschaft be-

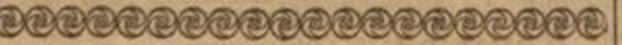


Achtung! Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte!

Sorgt für den Wahl- und Propagandafonds der Berliner Arbeiterräte!

Die roten Quittungskarten zum Einleiben der Beitragsmarken können bereits von 9 Uhr ab im Bureau des Vollzugsrats, Zimmer 1, abgeholt werden.

Die Abrechnung der Marken täglich an der Kasse des Vollzugsrats, in den Zelten 23, Zimmer 11, von 10 bis 4 Uhr.



schlossen, in den Generalkrieg eingetreten, wenn sie nicht binnen 24 Stunden desertieren; aber ich fürchte, Herr Roske wird nicht dazu tun können, auch wenn er den guten Willen haben sollte, denn er befindet sich in den Händen der Offiziere. Er liebt es zwar, den furchigen Mann zu malieren, aber nur, wenn es gegen die Unabhängigen geht. (Sehr richtig! bei den l. S.) Der Mann muß krank sein, und seine Krankheit äußert sich jedesmal, wenn er es mit einem Unabhängigen zu tun bekommt, hat er es doch sogar fertig gebracht, einem der Unseren nachzufahren, er gehörte zu den „Säugern“ der Revolution. (Hört! Hört! und Spitzel bei den l. S.) Es ist einfach eine Gemeinheit und ein Ausdruck niedriger Gesinnung, einem Ranne so etwas nachzusagen, nur weil er eine andere politische Überzeugung hat. (Beifall bei den l. S.)

Wie unter der Belagerungszustandshandeln unsere Genossen mitgespielt wird, das geht auf keine Kuhhaut mehr. (Vizepräsident Dietrich macht dem Redner darauf aufmerksam, daß seine Redezeit schon weit überschritten sei.) Das mag sein, aber Sie müssen doch den Redner einer Partei, die während des Krieges von allen Seiten in der schändlichsten Weise angegriffen worden ist, das Recht der Rechtfertigung geben; wenn ich alles vorbringen wollte, so müßte ich noch ein paar Stunden reden. (Heiterkeit.) Herr Roske wendet sich dagegen, daß in der Truppe Politik getrieben werde, aber er denkt dabei nur an republikanische Politik. Die Einwohnern, die nichts weiter sind als die bewaffnete bürgerliche Konterrevolution, dürfen machen, was sie wollen. (Sehr richtig! bei den l. Soz.) Aber ich kann Herrn Roske sagen: Ein Bismarck ist nicht mit der Sozialdemokratie fertig geworden; er wird auch nicht mit ihr fertig werden, und dabei ist er gar nicht einmal ein Bismarck — nicht einmal seine Stiefel würden ihm passen. (Heiterkeit.) Herr Roske steht in der deutschen Republik offenbar nur einen Gen darmen Europas, der die Interessen des europäischen Kapitalismus wahren will. (Sehr richtig! bei den l. Soz.) Wenn die ganze Revolution nicht eine elende Komödie sein soll, dann folgen Sie dafür, daß aus dieser Scheinrepublik eine wirkliche Republik wird. (Beifall bei den l. Soz.)

Vizepräsident Dietrich ruft den Abg. Henke wegen des gegen den Reichsminister gerichteten Vorwurfs der Gemeinheit und niedrigen Gesinnung nachträglich zur Ordnung.

Abg. Dr. Richter (D. Sp.): Wo ist die Regierung? (Die Regierungsdank ist völlig leer.) Wo bleibt der Reichsjustizminister? Der von dem Reichsminister Dr. David begründete Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof widerspricht den primitivsten Rechtsanschauungen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir erklären uns auch gegen die Veröffentlichung der Rede Erzbergers. Augenblicklich ist man noch nicht in der Lage, die Wichtigkeit aller Behauptungen nachzuprüfen; unbestreitbar haben sie sich bereits in wesentlichen Punkten als nicht richtig herausgestellt. Die Folge ihrer Veröffentlichung würde nur eine Aufhebung und Aufpeitschung der Massen ohne erkennbaren Nutzen bedeuten. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Ich stelle erstens die Tatsache fest, daß Graf Czernin in seiner heutigen in den Wäutern veröffentlichten Erklärung behauptet, der Inhalt seines Geheimberichts sei durch das Vorgehen Erzbergers zur Kenntnis unserer Genossen gelangt. (Hört! Hört!) zweitens: am 28. September 1917 hat nach den heutigen Wäutern Reichsminister Roske im Hauptauschuß erklärt, er könne feststellen, daß die Reichsleitung für etwa mögliche Friedensverhandlungen vollkommen freie Hand habe — auch bezüglich Belgiens. Auf diese Feststellung hat Abg. Erzberger damals erwidert: Die Stellungnahme der Regierung sei vollkommen klar und ganz in Übereinstimmung mit der Weisheit des Reichstages. (Hört! Hört!) Die Antwort enthält alles, und wer das nicht versteht, dem sollte das Abc der Politik — und, so schloß er wörtlich: — nach dieser Klarstellung stellen wir uns gern hinter die Regierung und überlassen ihr die Führung in der Einzelheiten. (Hört! Hört!) Und nun zum dritten Punkt. Ich bin beauftragt von einem Mitglied meiner Fraktion folgendes mitzuteilen: Auf Wunsch eines nahen Bekannten des Herrn Erzberger hat Herr Erzberger ein kurzes Kriegsgleichprogramm entworfen.

Am 17. Juni 1917 besuchte unser Oberführer Herr Erzberger, welcher ihm erklärte, daß die Regierung auf dem Standpunkt sei, daß wir die Erzberger von Wien und London haben müssen. Man müsse die Öffentlichkeit im Sinne dieser Forderung aufklären. Er gab Mittel und Wege und Verbindlichkeiten an, die dafür in Betracht kämen. (Hört! Hört!) Er teilte mit, daß er in die Zeitung der christlichen Sozialisten einen Artikel darüber lancieren werde; tatsächlich, so fährt der Gewährsmann hinzu, arbeiteten noch im August 1917 verschiedene von Herrn Erzberger abhängige Pressebureaus in diesem Sinne. (Hört! Hört!) Wir werden uns einem Vertrauensvotum für die Regierung nicht anschließen. (Beifall rechts.)

Preussischer Kriegsminister Reinhold macht nähere Mitteilungen über die Räumung beim Zusammenbruch in Polen und

minnt vor allen Dingen den Generalgouverneur von Belgien gegen den Vortritt in Schutz, daß er aus Belgien geflohen sei. Durch das Vorgehen der Soldatenmilde, die glaubten, eine Last zu voll bringen, wenn sie Polen unerschrocken und ohne Kampf räumten seien große Heereskräfte verloren gegangen und noch ein größeres Stück deutschen Lebens. (Hört! Hört!) Andererseits habe es in dieser Trostrede auch an Nichtsden nicht gefehlt.

Reichsminister Erzberger:

Seidem ich das Reichsfinanzministerium übernommen habe ist mir jede Minute zu kostbar, um immer wieder derartigen hohle ständig veralteten und längst widerlegten Anzweiflungen und Stänkereien von Seiten entgegenzusetzen zu müssen, die nicht weiter zu tun haben. (Stürmische Unruhe und Zutuse rechts. — Demonstration über Beifall links. — Fortgesetzte Zurufe von beiden Seiten, die aber in dem lebenden Sämen im einzelnen unverständlich bleiben.) Graf Czernin erkennt selbst an, daß ich im besten Glauben und im Sinne meines Auftrages gehandelt habe. Im Übrigen hat Graf Czernin den Beweis gar nicht einmal anzutreten versucht, daß der Bericht durch mich den Feinden bekannt geworden sei. Von mir ist eine vertrauliche Mitteilung an meine Parteifreunde am 25. Juli 1917 erfolgt. Wenn ich solches Material in der Hand habe, dann habe ich die Pflicht, mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten, daß die richtigen Folgerungen daraus gezogen werden. Herr Richter sagt, man solle sich Ehrentwort nicht geben, wenn man dadurch in eine Konfusion der Pflichten kommen könne. Das mag sein. Ich müßte jedenfalls abwägen, welche Pflicht die größere sei, und das habe ich getan. In der Ausschussung vom 28. September hat der damalige Reichsminister erklärt, wir könnten unbefragt sein, die Akten würden von unserer Stellung in der belgischen Frage Kenntnis erhalten. Genium, Sozialdemokraten und Volkspartei waren daher der Auffassung, sie brauchten jetzt nicht auf eine solche Erklärung zu drängen. Der Abg. Richter sagt, ich müßte wissen, daß in der deutschen Antwort vom 24. keine Erklärung über Belgien enthalten war. Dieses Kautelschreiben ist mit eben nicht bekannt geworden. Michaelis hat ja erklärt, Erzberger sollte nichts erfahren. Meine Rede im Hauptauschuß war auf der Grundlage ausgeführt, daß eine restlose Ausprägung über Belgien mit dem Akten erfolgen würde; da sagte ich: Wir stellen uns gern hinter die Regierung und überlassen ihr die Führung in dem Einzelheiten. — Dann erst reiste ich nach Wien und erfuhr dort, alles verloren! Den Brief selbst habe ich nicht erfahren. Auch die Friedensresolution des Reichstages ist nicht so auszusagen, daß kein Grenzstein verrückt werden darf. Ich bekomme noch heute, daß wir nicht einen sicheren Erzberger von Frankreich bekommen. Die Bestrebungen, dieses reiche Erzberger an Deutschland zu bringen, waren doch öffentliches Geheimnis.

Herr Richter will statt des Staatsgerichtshofes einen Ausschuß von namhaften Historikern haben, diese können aber auch kein richtigeres Urteil abgeben. Noch heute sind sich Historiker darüber nicht klar, ob der dreißigjährige Krieg von den Katholiken oder Protestanten angefangen ist. Auch über die Ursachen dieses Weltkrieges wird die Geschichtswissenschaft sehr verschiedener Auffassung sein. Die Regierung hat immer mit voller Entschiedenheit behauptet, und ich bestreite es auch, es ist eine weltgeschichtliche Abge, daß Deutschland der alleinige Urheber des Weltkrieges ist, aber etwas anderes ist es, wenn man objektiv das Studium der Akten prüft.

Die Veröffentlichungen der Verfassungskommissionen würden und im Ausland Schaden, sind gegenstandslos. Klemm von der Regierung hatte die Absicht, Schriftstücke zu veröffentlichen, bis der erwartete Friede geschlossen sei. Wir hätten weiter geschwiegen und nur einen Teil des Materials veröffentlicht, das meiste aber dem Staatsgerichtshof vorbehalten. Was hat diesen wahlverlorenen Plan der Regierung durchgezeit und ihr eine andere Haltung aufgezwungen? Die absolut unbegründeten Angriffe, die von den rechtsstehenden Parteien und Mitgliedern der früheren Regierung erhoben worden sind! Wenn Sie den Kampf so weiter führen, könnte die Regierung gezwungen werden, weitere Namen zu nennen, dann tragen Sie die Verantwortung dafür. (Große Unruhe und Lachen rechts.) Wenn Sie den Kampf haben wollen, so werden Sie ihn und zwar mit aller Rücksichtslosigkeit haben.

Abg. Warmuth (Dnat.) wendet sich gegen den Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof.

Darmit schließt die Besprechung. Es folgen einige persönliche Bemerkungen.

Das Haus beschließt nach einem Antrag Boche (Soz.), die Medien der Minister und das weitere beigebrachte Material auf Rollen des Reiches im deutschen Volke zu verbreiten, mit der Erweiterung nach einem Antrag Arnstadt (Dnat.), daß auch das Schreiben des päpstlichen Nuntius nebst Anlagen in ungelöster Form der Veröffentlichung beizufügen ist, und nach einem weiteren Zusatz Ganes und Gen. (l. S.), auch die Stenogramme der Verhandlungen durch Veröffentlichung zu billigen Preisen dem ganzen Volke zugänglich zu machen.

Die namentliche Abstimmung über das Militärstrafgesetzbuch ergibt besten Abrechnung mit 63 gegen 68 Stimmen.

Ein Antrag Dr. Ehn (l. S.) auf namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum wird nicht genügend unterstützt. Das Vertrauensvotum wird mit großer Mehrheit angenommen.

Um 10 Uhr wird die Weiterberatung auf nachmittag 5 Uhr vertagt.

Nachmittagsführung.

Nach der Beratung des Antrages der Unabhängigen Sozialdemokratie auf sofortige Entlassung der Schutzhaft- gefangenen in West, aber die wir auf der ersten Seite des Blattes ausführlich berichten, wendete sich das Haus der dritten Lesung der Verfassung zu.

Reichskommissar Dr. Brauß führte aus: Die Nationalversammlung ist zustande gekommen und ist in Begriff, die Verfassung zu verabschieden. Gerade weil ich niemals Sozialist gewesen bin, nicht einmal Novembersozialist, und auch vermutlich auf meine alten Tage nicht werden werde, sollte ich es für richtig anerkennen, mit welcher Würdigung und Selbstbeherrschung die Sozialdemokratie die Grundlagen der Demokratie nicht nur anerkannt, sondern auch zu Ehren gebracht und sich damit ein Verdienst in Deutschland erworben hat. Das soll ihr in der Gegenwart und Zukunft nicht vergessen sein. Man muß offen ausprechen: Adel und Bürgertum haben in Deutschland ihren politischen Beruf so gut wie verfallen, da sie nicht verstanden haben, den aristokratischen und den bürgerlichen Parlamentarismus zu ihrer Zeit zu entwickeln. Während die wirtschaftliche und soziale Entwicklung die höchste Stufe voller Entwicklung erreicht hatte, war die politische Seite verflümmert und zurückgeblieben. Das war im letzten Grunde die Ursache unserer Niederlage. Bei Schaffung der Verfassung in jedem Stadium des Wertes hand die Sorge über allem: wie retten wir die nationale Einheit und kräftigen sie, entsprechend der vergrößerten Gefahr!

Auch der Einheitsstaat Inn und soll in Deutschland nicht zentralisiert sein. (Sehr richtig!) Die frumme Zentralisation wie in Frankreich hat genug ihre großen Vorgesüge, aber wenn auch der deutsche Minister auf den Knien dreiben würde, so würden sich die Arme der preussischen oder bayerischen Beamten denn nicht immer zu dem gewünschten Zweck erheben. Die eigentliche Verfassungsarbeit hängt erst an, die Arbeit an der Organisation des Vaterlandes. Darauf kommt es an, ob die Bestimmungen in ihrem Geiste gehandhabt werden.

Die eigentliche Verfassungsarbeit hängt erst an, die Arbeit an der Organisation des Vaterlandes. Darauf kommt es an, ob die Bestimmungen in ihrem Geiste gehandhabt werden. Noch weiteren Ausführungen der Abg. Rabenstein (Rechtssog.), Dr. Ehn (Soz.) und Gausmann (Dnat.) wird die Debatte um 12 Uhr auf Mittwoch 10 Uhr vertagt.

Der Schiedsspruch im Siemens-Konflikt.

Der von den Industrieherrn des Siemenskonzerns brüskt hervorgerufene Konflikt, der zur mehrtägigen Stilllegung der Siemenswerke geführt hat, dürfte noch im Laufe des heutigen Tages beendet werden. Wenn diese Riesenbetriebe, die auf das Wirtschaftsleben weit über die Grenzen Berlins hinaus einen starken Einfluß ausüben, nun wieder in Gang kommen, so gebührt dafür ausschließlich der Arbeiterkassette das Verdienst. Die Ursache des Konflikts, die plötzliche Entlassung von Vertrauensleuten, war eine so dreiste Herausforderung der Arbeiter, die mit dem Streik beantwortet werden mußte, wenn die Arbeiterkassette nicht die einfachsten gewerkschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte preisgeben wollte.

Unendlich lange wurde dann gegen den Willen der Arbeiter der Verhandlungsbeginn hinaufgeschoben. Bei den Verhandlungen selbst vertiefen die Unternehmer eine Indolenz für die gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter, als wären die letzten zwei Jahrzehnte spurlos an ihnen vorübergegangen. Sie nutzten den Arbeitern in der gegenwärtigen revolutionären Epoche zu, den ersten gewerkschaftlichen Grundsatzen, die Solidarität der Arbeiter mit ihren Vertrauensleuten, aufzugeben. Ein solches Ansehen war für die Arbeiterkassette natürlich völlig undenkbar.

Der Schlichtungsausschuß hat nun einen Spruch von feinem salomonischer Weisheit gefällt. Wir haben ihn in seinem Wortlaut bereits gestern abend veröffentlicht. In dem ersten Teil des Schiedsspruches wird behauptet, daß jene unruhigen Plakate „ordnungsgemäß“, d. h. mit Wissen des Arbeiterrats, angebracht worden seien. „Andererseits“, heißt es unmittelbar danach, „muß als festgestellt gelten, daß die von den Vertretern der Arbeiterkassette mit der Betriebsleitung geführten Verhandlungen über die Handhabung des Anschlages zu keiner abschließenden Vereinbarung geführt hatten, und daß daher mindestens ein Teil der Arbeiter des Glaubens sein konnte, daß die Betriebsleitung nicht berechtigt war, Anschläge ohne Gegenzeichnung des Betriebsrates bzw. des Arbeiterausschusses am schwarzen Brett anzubringen.“

Trotz dieser seiner Feststellung hält der Schlichtungsausschuß eine Bestrafung der Arbeiter, die die Plakate — nach seinem eigenen Spruch durchaus im guten Glauben — entworfen haben, für angebracht. Der Schlichtungsausschuß befindet in der Verbängung von Strafen über Arbeiter eine recht merkwürdige Auffassung seiner Tätigkeit. Sein Zweck ist lediglich, wirtschaftliche Kämpfe zu schlichten, aber nicht einzelne, an einem solchen Konflikt Beteiligte wie unartige Kinder zu bestrafen. Mit dieser eigenartigen Auffassung des Schlichtungsausschusses werden sich die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen in ihrer Gesamtheit noch beschäftigen müssen.

Der Schiedsspruch wäre also durchaus geeignet, nur Delinzen Feuer des Kampfes zu gießen, statt den Konflikt zu schlichten. Wenn ihn trotzdem die streikenden Arbeiter annehmen, so tun sie es aus kluger Ueberzeugung und

starkem Verantwortlichkeitsgefühl. Sie sagen sich mit Recht, die Fortführung des Streikes würde eine vorläufig noch unübersehbare Ausdehnung des Kampfes hervorrufen, wofür die Siemensarbeiterschaft nicht allein die volle Verantwortung übernehmen kann. Diese Einsicht stellt den streikenden Arbeitern und Arbeiterinnen ein gutes Zeugnis als Klassenbewußte Kämpfer aus.

Die Vertrauensmänner für Annahme des Schiedsspruches.

Die gestrige Vertrauensleute-Konferenz des Siemenskonzerns beschloß, der heutigen Streikerversammlung folgende Entschliebung zur Annahme zu empfehlen:

Die heute versammelten Arbeiter der Siemens-Werke protestieren auf das energischste gegen den am 28. Juli d. J. gefällten Spruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin. Sie schließen sich der Erklärung der Arbeitnehmer-Beiräte voll und ganz an und sprechen dem Schlichtungsausschuß das Recht ab, Strafen zu verhängen!

Nach Ansicht der Arbeiter steht dem Schlichtungsausschuß das Recht über die Funktionen der Betriebs- und Arbeiterräte zu urteilen, nicht zu. In dem Spruch des Schlichtungsausschusses, die Bestrafung der Vertrauensleute betreffend, erblicken sie eine durch nicht begründete Ueberschreitung der Rechte und Befugnisse des Schlichtungsausschusses. Inzudem erkennen die Versammelten in dem provokatorischen Vorgehen des Direktionsrats der Siemens-Werke von Borsdorf gegen die Betriebs- und Arbeiterräte. Dieser Kampf, den die Unternehmer durchaus heraufbeschwören wollen, wird ausgefochten werden müssen. Die Arbeiterkassette ist sich darüber klar, daß sie diesen Kampf nur mit der gesamten Arbeiterkassette aufnehmen kann, die sich den Moment des Kampfes jedoch nicht aufzwingen läßt, sondern ihn selbst bestimmt.

Im Interesse der weiteren friedlichen Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie sind die Streikenden jedoch bereit, den Kampf zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen unter der Voraussetzung, daß Maßnahmen nicht erfolgen.

Die Arbeiter verpflichten sich, die auf drei Tage Gemahregelten materiell aus Mitteln der Arbeiterkassette voll zu unterstützen.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird beauftragt, die Entscheidung herbeizuführen über die Frage, ob der Schlichtungsausschuß berechtigt ist, Strafen zu verhängen.

Heute morgen 8 Uhr findet im Vergnügungspark Jungfernheide eine Vollversammlung aller im Siemenskonzern beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Im Anschluß daran werden die Abstimmungen vorgenommen werden, ob die Arbeit wieder aufgenommen werden soll. Es ist zu erwarten, daß die Abstimmungen nach dem Vorschlage der Vertrauensleute ausfallen werden, also die Aufnahme der Arbeit beschlossen wird.

Die Streikposten dürfen während der Versammlung ihre Plätze nicht verlassen.

er diese, würde er ihn doch immer etwas überbiegen, so daß er das Bieten überhaupt unterließ und das ganze Grundstück von 10 Morgen Land mit einem 250 Quadratmeter großen Flugzeugschuppen, dessen Erbauung 5000 Mark gekostet hat, 800 Meter langem Baum, einer Pumpe und einem Kiefernwaldchen für das... Mindestgebot von 800 Mark an die Gläubigerin, die frühere Besitzerin des lerrn Plazes, und durch Abtreten des Zuschlags nach vertraulichen Verhandlungen an den Zimmermeister Seidel in Welleu gleich direkt überging, während die Schulden von 8000 Mark Kauf- und Baugeld weiter bestehen bleiben. Eine solche Rechtspraxis ist aber verurteilt! Durch dieselbe wird meine Familie, wo meine Kinder zum Teil durch Zeugnisse ein geradezu „vorbildliches“ Betragen bescheinigt bekommen haben, ungerührt jetzt schon in die zweite Familienbankrotte getrieben, nachdem die erste schon 6 Jahre vorurprünglich 20 Kinder und meine erste Frau verschlungen hat!...

Wir glauben, daß man es einem Manne, der mit seinen erfindlichen Gedanken dem Flugwesen das wohl manchen wertvollen Dienst geleistet hat, schuldig ist, ihn und seine Familie vor der größten Not zu schützen. Man denke an die Millionen, die für Juppelin aufgebracht worden sind!

Hilfe den Auslandsdeutschen!

In den Prokuren des Weltens versammelten sich am Montag die Deutschen aus Rußland, die während des Krieges in Rußland interniert waren und nach dem Frieden drei Wiertel nach Deutschland zurückgekehrt sind. Saal und Tribünen waren so überfüllt, daß das Lokal polizeilich geschlossen wurde. Im Laufe der Versammlung offenbarte sich die große Erregung der von Haus und Hof Vertriebenen gegen die Regierung und die Behörden. Die deutsche Regierung hat nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk von Rußland 150 Millionen Mark erhalten zur Entschädigung der Internierten. Diese 150 Millionen Mark weigert sich die Regierung auszugeben, da der Versäglich Frieden eine Revision des Wiener Friedens vorsehe. Darüber sind die Flüchtlinge und Internierten außerordentlich empört, insbesondere, da man den Großindustriellen bereits mehrfach Entschädigungen gezahlt hat. Es wurde weiter in der Versammlung gefordert, daß die bestehenden Internierungs- und Verhaftungen weiter vom Reich finanziert werden müßten, da auch hier die Regierung jegliche Zusätze sperren wollte. Interessant und bezeichnend ist die Behandlung einer Interpellation von 12 Herren, die in Wilmars mit der Regierung verhandeln wollten. Reichsfinanzminister Erzberger, der kurz vorher eine Abordnung der Hamburger Schiffahrtsleute, die über ihre Auslandsverhältnisse befragt waren, 8 Stunden angehört hat, hatte für die Abordnung der rußlanddeutschen Auslandsdeutschen keine Zeit. Erst bei Wegeren der Nationalversammlung fanden sie Verhandlung. Die Mitteilung, daß Genosse Haack längere Zeit mit der Abordnung gesprochen habe, wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Es soll ein Kommissariat für die Auslandsdeutschen errichtet werden, das mit einem Parlamentarier besetzt werden soll. Schließlich wurde die Absendung eines Telegramms an die Nationalversammlung und an Herrn Erzberger beschlossen, ebenso wurde eine große öffentliche Kundgebung angesetzt.

Die groß russische des Fleud unter den Auslandsdeutschen ist, dafür nur ein Beispiel. In der Gartenstraße haben eine 500 Frauen und Kinder einen großen Saal gemietet, in dem sie nun kampieren ohne jegliches Möbel, auf dem kahlen Boden. Auch Arbeit gibt man den Leuten nicht. Ein Ingenieur, der 24 Jahre in Rußland war, und durch Empfehlung des Rates der Schiffahrtsleute an das Reichsberufungsamt in der Reichsgerichtsstraße bewiesen wurde, erhielt dort von einem hochwürdigen, hinkenden Offizier die Mitteilung, daß man ihn nicht brauchen könne, da er noch nicht im preussischen Staatsdienst gestanden habe.

Es ist und bleibt nötig, daß die Regierung endlich aus dem Stadium der Erwidgungen heraus kommt und etwas für die Flüchtlinge tut.

Der Rednerkursus der U. S. V. D.-Arbeiterräte findet diese Woche am Donnerstag, den 31. Juli, 7 Uhr abends, in den Festen 23, statt.

Die ersten Bananen für Berlin — unbezahbar. Im Laufe der nächsten Woche dürfte ein den Berlinern seit Kriegsausbruch vorenthaltenes Nähr- und Gemüsmittel wieder zum Verkauf kommen. In Bremerhaven sind seit einigen Tagen zwei amerikanische Dampfer mit Bananen einetroffen, die lediglich mit Bananen beladen sind. Die Verteilung der lang ersehnten Früchte erfolgt durch die Reichsstelle für Obst und Gemüse. Die Preise für die Bananen dürften sich vorläufig noch auf 1,50 bis 1,70 M. pro Stück stellen. Wenn aber die Konsumenten sich noch einige Zurückhaltung auferlegen, dürften die Preise bald rapide fallen.

In dem gestrigen Eisenbahnunfall nahe dem Bahnhof Poststraße geht uns folgende amtliche Darstellung zu: Dienstag vorm. um 8 Uhr wurden die Arbeiter Löwe, Besch, Krause und Hoffmann von der Bahnmeisterei 62 in Berlin auf der Vorortstrecke von Berlin, Potsdamer Bahnhof nach Groß-Lichterfelde-Str. durch Kurzschluß an einem Lokortage erstarrt und sprangen in das danebenliegende Ringbahngeleis. Hier wurden sie von dem von Schönberg nach Berlin fahrenden Zuge erfasst und zum Teil schwer verletzt. Die Verletzten wurden auf Anordnung des aus der Unfallstation Ederstraße herbeigerufenen Trz. durch die Feuerwehr von der Unfallstelle nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Die Unfallstelle befindet sich bei Kilometerstein 0,9 nahe der Poststraße. Wir konnten in Erfahrung bringen, daß von den Verletzten nur einer schwerere Verletzungen erlitten hat. Allerdings verwehrt das Elisabeth-Krankenhaus jede Mitteilung über das Befinden der Kranken.

Orenienburg. Die Parteigenossen werden gewarnt von dem früheren Bezirksleiter Paul Großmann, der das ihm gehörende Vertrauen schmählich mißbraucht hat.

Lebensmittellisten.

Berlin. 1/2 Pfund Teigwaren und 1/2 Pfund Biskottien (68), 1 Pfund Graupen (67), 1/2 Pfund ausl. Reisfahrikate (67), 1/2 Pfund Biskottien für Jugendliche (42).

Die Kartoffelzukunft ist immer noch so schwach, daß vorläufig nur geringe Mengen Frühkartoffeln verteilt werden können. Erst beim Einsetzen der vollen Ernte werden in den nächsten Wochen wieder größere Mengen Frühkartoffeln zur Ausgabe gelangen. Für die noch kurze Kartoffelnappe Zeit empfiehlt es sich, getrocknete Kartoffel- (Gehilfen) zu verwenden, die in den durch blauen Anschlag kennlich gemachten Berliner Krankenhospitälern gegen Vorlegung der Berliner Lebensmittellisten in jeder beliebigen Menge erhältlich sind. Diese werden zweimäßig 2-4 Stunden vor Gebrauch in Wasser eingeweicht und bieten dann, besonders mit dem reichlich vorhandenen Frischgemüse zusammengekocht, eine der Reichhaltigsten im Wohlgeschmack und Nährwert mindestens gleichstehende Speise.

Leichtes. Die amerikanischen Speckwaren können in dieser Woche nicht zur Ausgabe gelangen, da, wie von der Reichsstelle mitgeteilt wird, die Kollektion ausgeblieben ist. Die Ausgabe wird öffentlich bekanntgegeben werden. Auf Abkühlung 21 und 5 1/2 Pf. Kartoffeln. Für die folgenden 3 Wd. Kartoffeln auf Abkühlung 288 G. J. G. S. 500 Gramm Brot, 384 G. J. G. S. 500 Gramm getrocknete Kartoffelstücken.

Spanbau. Als Ersatz für die gestrige Kartoffelration 1500 Gramm Brot. Militärlieferanten erhalten 1500 Gramm Brot. Led. Pflanzen

Gewerkschaftliches.

Die Krankenkassenangestellten lehnen die Jugendländnisse des Kassenverbandes ab.

Am Dienstag abend tagte im Gewerkschaftshause eine Versammlung der im Verband der Bureauangestellten organisierten Krankenkassenangestellten. Kollege Gries gab den Bericht über die letzten Verhandlungen mit dem Kassenverband. Behrner hat jetzt das Jugendländnis gemacht, den Angehörigen vom 1. April bis 31. Dezember 1910 eine laufende Leistungsgulage von 100 M. für verheiratete, 75 M. für ledige Angestellte zu gewähren. Dagegen ist die Forderung der Kollegen, die bisher zu Gruppe 2 gehörigen Angestellten in Gruppe 1 und die zu den Gruppen 3 und 4 gehörigen in Gruppe 2 aufzunehmen, vom Kassenverband nicht berücksichtigt worden. Die über das Mitbestimmungsrecht gemachten Vorschläge sollen in der nächsten Verhandlung veröffentlicht werden. Die vom Kassenverband gemachten Vorschläge mußten bei den Verhandlungen von den Vertretern der Arbeitnehmers mit Recht als eine Verhöhnung der Angestelltenchaft bezeichnet werden. Brandenleiter Wang teilte ergründet mit, daß die Brandenleitung das Angebot ablehnen müsse; die Vertrauensleutekonferenz habe den Beschluß gefaßt, einen Schlichtungsausschuß anzurufen. Nach längerer Diskussion wurde das Angebot des Kassenverbandes mit großer Mehrheit abgelehnt und beschlossen, die ganze Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zu unterbreiten.

Der Kampf in der Reißartikel- und Portefeuillebranche.

In einer überfüllten Streikerversammlung am Montag gab Kollege Gottschalk den Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern und denen der dem Schlichtungsausschuß. Die Unternehmern zeigten sich ganz reaktionär, wollten sie doch in der Lohnfrage gar nichts bewilligen, trotzdem sie 14 Tage vorher vor dem Demobilisationskommissar 10 Prozent geben wollten. In dem Schwerpunkt, der Heimatzeit gingen sie sogar um 10 Jahre bezüglich der Altersgrenze zurück. Die Urlaubsfrage glaubten die Fabrikanten mit drei Tagen erledigen zu können. Alles dies sei zu wenig und deshalb der Schlichtungsausschuß in Anspruch genommen worden. Dieser fällte mit wirkender Kraft vom 14. Juli nachfolgendes Urteil: Dem Arbeiter dürfen nur ein- gestellt werden, die vor dem Kriege bereits fünf Jahre als solche tätig waren und 50 Jahre alt sind. Lohn bisher 190 und 80 Prozent Zuschlag, jetzt 40 Prozent Zuschlag. Diese 40 Prozent treffen auf alle übrigen Lohnsätze zu. Wile zu Unrecht ausgespart werden müssen entfähig werden. Urlaub sind 4 Tage für alle vor dem 1. April 1910 im Betriebe beschäftigten zu gewähren. Ueber die Frage der Verletzung der Demobilisationsverordnung vom 4. Januar erklärte sich der Ausschuß für unzuständig, da dies Sache einer höheren Instanz wäre. Kollege Gottschalk machte den Vorschlag, in aller Eile die Sache zu überdenken und am Mittwoch vormittag um 10 Uhr bei Doeker eine

geheime Abstimmung vorzunehmen. Nach längerer Diskussion, in der die Anstalten für und wider zum Ausdruck kommen, beschloß die Versammlung dringend, es wurde speziell betont, daß die Lohnfrage nicht befriedigend wäre.

Die in Oelstraßfabriken beschäftigten Arbeiter nahmen Stellung zu der eingeleiteten Lohnbewegung. Kollege Kuch erklärte den Bericht vor den letzten Verhandlungen. Die Unternehmer des Schuppenverbandes erklärten, daß sie nur folgende Jugendländnisse machen wollen: für Transportarbeiter im Außen- dienst 2,30 im Innendienst 2,15, für Hof- und Hilfsarbeiter 2,00 M. Stundenlohn. Die Nachschlungen sollten auch nicht ab 2. Mai erfolgen, sondern ab 1. Juli. — In der Diskussion wurde von den Transportarbeitern die Jugendländnisse als nicht annehmbar bezeichnet. In der darauf folgenden Abstimmung wurden die Jugendländnisse einstimmig abgelehnt. Zur Frage der Abänderung des Tarifs wurde beschlossen, sich der allgemeinen Metallarbeiterbewegung anzuschließen. Unter Vorsitzendes wurde noch ein Antrag angenommen, der sich gegen die Doppelgipfung der Kollegen wendet.

Groß-Berlin.

Der Rotschrei eines Erfinders.

Das Schicksal der Erfinder ist in den meisten Fällen ein trauriges; Entbehrungen, gelästelte Hoffnungen, Drangsalierungen und Verfolgungen lasten sich an ihre Herzen, und den wenigsten gelingt es, die Früchte ihrer Arbeit zu genießen. Ein solches Schicksal erlebte auch der bekannte Erfinder leuchtbarer Luftschiffe Hermann Ganswindt, der nun bereits 86 Jahre ein solches Martyrium durchgemacht hat und immer noch mit zäher Ausdauer darum kämpft, wenigstens die Existenz seiner letzten Familie aufrechtzuerhalten. In einem Schreiben an uns beklagt er sich bitter darüber, daß er unter der alten Regierung keine Anerkennung seiner Erfindungen erlangen konnte, die neue Regierung ähnele aber auch in dieser Beziehung der alten und gewähre ihm nicht einmal den nötigen Schutz für sich und seine Familie. Er fährt dann fort:

„Kürzlich brachten bürgerliche Blätter, darunter der „Reichsboten“, die Notiz, daß die Zwangsberufsteuerung des Ganswindtschen Flugplatzes am 9. Juli in Bosen stattfände, wenn bis dahin nicht die Staatsregierung ihre dem Herrn Ganswindt gegenüber am 9. März 1910 für Ganswindts Verdienste in Aussicht gestellte Hilfe, die auch Reichspräsident Oberverprochen habe, auch wirklich erfülle. Reht schwierig sich diese Blätter aber über den peinlichen Verlauf der Versteuerung wohlweislich aus. Ich habe aber am 18. d. M. eine Petition an die Nationalversammlung eingebracht, in welcher es nach der Schilderung der katastrophalen Lage meiner Familie von Frau und 14 Kindern, von denen erst 4 Kinder sich selbst ernähren können, heißt: „Weil ferner zur Zwangsberufsteuerung... keine Hilfe kam und ich auch keine Mittel zur Befreiung der Versteuerung hatte, kam nur ein einziger Restant dazu, welchem der Vertreter der Gläubigerin, Rechtsanwalt Daniel, sagte, wenn u

